

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #13/2013

27. April 2013

Die Fragen stellte Rebecca Riehm, Volontärin aus Frankfurt/Main.

Frau Bundeskanzlerin, nächsten Donnerstag besuchen Sie die letzte Station Ihrer Demografiereise: den Instrumentenhersteller für Weltraumerforschung JenaOptronik. Warum gerade diese Stadt und dieses Unternehmen?

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Ich besuche diese Stadt, weil sie sehr gut ist, auch was Familienbündnisse anbelangt. Aber das Unternehmen JenaOptronik insbesondere deshalb, weil hier sehr gezielt auf den demografischen Wandel reagiert wird – und gerade mit älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern diskutiert wird, besprochen wird, wie sie länger im Arbeitsverhältnis bleiben können. Und das ist ja genau einer der Punkte, die wir brauchen: Wir wollen die Lebensarbeitszeit verlängern. Einmal, weil wir die guten Fachkräfte brauchen, weil ältere Menschen auch Erfahrungen einbringen, die jüngere Menschen gar nicht haben können. Und zum Zweiten, weil wir natürlich auch schrittweise das Renteneintrittsalter erhöhen und viele Menschen Angst haben – „Das macht ihr doch nur, um im Grunde eine verkappte Rentenkürzung zu machen.“ – und wir sagen: Nein. Wir wissen, auch die Arbeitsbedingungen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich verbessern. Und hier wird überlegt, wie kann man altersbezogen Weiterbildung betreiben, wie kann man den Austausch zwischen jüngeren und älteren Arbeitnehmern wirklich nach vorne bringen. Und das wird nicht über die Köpfe hinweg gemacht, sondern mit den Mitarbeitern; und das möchte ich mir anschauen.

Wenn Sie am 14. Mai, beim zweiten Demografiegipfel, über Antworten auf die Bevölkerungsentwicklung sprechen: Gibt es dann Maßnahmen, die konkret Unternehmen unterstützen sollten?

Ja. Das ist der Beginn eines Diskussionsprozesses mit Kommunen, mit Ländern und natürlich mit Unternehmen. Wir haben verschiedene Möglichkeiten. Einerseits muss die Politik handeln. Wir haben mit den Ländern zum Beispiel ausgemacht, dass sich die Zahl der Schulabbrecher verringern muss. Wir haben ausgemacht, dass gezielte Berufsberatung in den Schulen stattfinden kann. Wir haben eben darüber gesprochen: Was kann die Wirtschaft im Blick auf ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tun? Und da geht es zum Beispiel um Weiterbildung, da geht es auch um mehr Gesundheitsprävention in den Unternehmen. Hier machen wir als Politik auch die Herausstellung von sehr guten Beispielen, damit einer vom anderen auch lernen kann. Das heißt, es wird ein längerer Prozess sein, bei dem Schritt für Schritt alle mitbekommen: Nicht nur die Politik kann das lösen, sondern jeder Einzelne muss auch mitmachen. Und die Unternehmen – insbesondere die Mittelständler – haben ein großes Interesse, weil sie sonst gar keine Fachkräfte mehr kriegen, wenn sie sich nicht bemühen, auch wirklich gute Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Und was erwartet Sie genau von Seiten der Wirtschaft?

Ich erwarte von Seiten der Wirtschaft, dass sie nicht einfach sagt: Wir brauchen jetzt nur ausländische Fachkräfte. Wir haben die sogenannte Blue Card, also eine Möglichkeit, in bestimmten Berufen auch ausländische Fachkräfte bei uns willkommen zu heißen. Aber wir haben auch noch drei Millionen Arbeitslose. Und ich bin dankbar; ich habe zum Beispiel gerade vom Deutschen Industrie- und Handelstag gehört, dass man mit den Universtitäten in ein Gespräch tritt und sagt: Wenn jemand an der Uni seine Ausbildung abbricht, dass man das dann zum Beispiel

den Handelskammern sagt und dass dann eine Berufsausbildung angeboten wird. Das heißt, mehr Vernetzung und Initiative, um Fachkräfte gut auszubilden.

Mein Eindruck ist: Die Politik beschäftigt sich schon lange mit dem demografischen Wandel, aber es geht bei der Umsetzung von Maßnahmen nur langsam voran. Wie viel Zeit hat die Politik noch?

Ich denke, dass der demografische Wandel ja ein langsamer, aber beständiger Prozess ist. Wir haben jetzt im Augenblick jedes Jahr 500.000 Menschen mehr, die aus dem Erwerbsalter ins Rentenalter gehen, als neue, jüngere Menschen ins Erwerbsleben gehen. Und deshalb müssen wir auch nicht alles mit einmal lösen. Wir haben zum Beispiel einen guten Erfolg, der auch zum Teil ein Erfolg der Wirtschaft ist: Dass wir bei den über 55-Jährigen heute eine Million mehr Menschen haben, die noch in Arbeit sind. Auch bei den über 60-Jährigen haben wir Erfolge. Und das muss immer weiter entwickelt werden. Das heißt: Wir haben teilweise noch ein paar Jahre Zeit und teilweise haben wir schon längst begonnen. Wir haben zum Beispiel politisch die Vorruhestandsregelung abgeschafft und damit schon einen Anreiz gesetzt, dass man nicht mehr sofort und ohne Abschlag die Rente bekommen kann, wenn man zum Beispiel noch nicht die 65 Jahre erreicht hat, sondern dass man heute länger arbeiten muss. Und das hat wiederum die Betriebe ermutigt zu sagen: Okay, wir müssen mehr in die Weiterbildung unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer investieren.

Die Bevölkerungszahlen der Universitätsstadt Jena sind positiv. Aber nun sind nicht alle Städte Uni-Städte. Wie sollen Städte mit sinkenden Bevölkerungszahlen damit umgehen?

Ja, wir haben eine sehr unterschiedliche Situation in Deutschland: Städte, die klagen, dass sie sehr viel Zuwachs haben, mit all den Auswirkungen auf Mietpreise, auf die Größe von Schulklassen, auf die Universitäten. Und wir haben Städte, wo der Bevölkerungsweggang eben sehr, sehr gravierend ist – mit der Folge, dass Immobilienpreise verfallen und vieles mehr. Diese Städte bereiten sich aber auch darauf vor. Ich habe mich zum Beispiel in Salzwedel umgeschaut, wie Nahverkehrssysteme umgestellt werden, wenn man weiß: Ich habe eine sehr geringe Bevölkerungsdichte. Ich habe viel Kenntnis davon, dass mit den Mehrgenerationenhäusern, die die Bundesregierung ja auch gefördert hat, geschaut wird: Wie können Alt und Jung besser zusammengebracht werden? Und ich denke, dieses Nachdenken – wie können wir auch in Städten mit sinkender Bevölkerungszahl, mit mehr älteren Menschen ein lebenswertes Leben aufrechterhalten? –, das hat längst eingesetzt und das wollen wir stärken. Und das tun wir zum Beispiel durch die Häuser, in denen mehrere Generationen zusammenleben können.